



Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der SPD

Weiterreichung von geheimen Informationen durch einen hohen Beamten im hessischen Justizministerium

Einem Medienbericht zufolge steht der Verdacht im Raum, dass ein hoher Justizbeamter geheime Informationen während eines laufenden Ermittlungsverfahrens mutmaßlich illegal weitergereicht hat. Zu den Hintergründen wird berichtet, dass der Beamte gehandelt hat, um die polizeilichen Ermittlungen zu behindern und einen nahen Angehörigen zu schützen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wann und wie ist der Verdacht gegen den Ministerialbeamten aufgekommen?
2. Wann und wodurch soll der Ministerialbeamte erfahren haben, dass gegen seinen Angehörigen ermittelt wird?
3. Welche Funktion erfüllt der Ministerialbeamte im hessischen Justizministerium?
4. Wann erfuhr die Justizministerin von dem Verdacht gegen ihren Mitarbeiter?
5. Gibt oder gab es seitens der Justizministerin Bemühungen, den Vorgang aufzuklären, wenn ja, welche?
7. Warum hat die Ministerin – gegebenenfalls auf anonymisierter Basis – den Ausschuss nicht informiert?
8. Ist ein Disziplinarverfahren gegen besagten Beamten bereits eingeleitet worden bzw. beabsichtigt, wenn ja, wann; wenn nein, warum nicht?
9. Laut Presse soll „von oben“ versucht worden sein, Einfluss auf das Verfahren gegen den Sohn des Beamten zu nehmen. Sind neben dem betroffenen Beamten weitere Mitarbeiter des Ministeriums bzw. der Justiz beteiligt?
10. Sind im Ministerium Frühwarnsysteme vorgesehen, die ihre Mitarbeiter im Umgang mit sensiblen Informationen vor Interessenkonflikten schützen, wenn ja welche?

Wiesbaden, 6. November 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser